

## Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Jugend und Familie (Jugendhilfeausschuss)**  
am Dienstag, 03.03.2026, im Sitzungssaal im einsA

- öffentlicher Teil -

### Teilgenommen haben:

#### als Vorsitzende

Büscher, Veronika CDU

#### als 1. stellv. Vorsitzender

Dweir, Stephan CDU

#### als 2. stellv. Vorsitzende

Ciliberto, Marén CDU

#### als Stadtverordnete

Frerick, Christiane	CDU
Fromme, Jan	SPD
Heger, Christoph	B90/Grüne
Hiller, Meike	SPD
Loest, Sebastian	FDP

#### als sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Bolle, Heinrich	Caritas
Czipull, Jörg	Kolpingfamilie
Jasper, Robert	CDU
Klein, Malte	Jugendfeuerwehr
Kluge, André	DPSG Stamm Hl. Kreuz
Schneider, Janett	Pfadfinderinnenschaft St. Georg

#### als beratende Mitglieder

Glenn, Penelope	Die Linke Dülmen
Großmann, Wolfgang	CDU und Beauftragter für die Belange für Menschen mit

Niggemann, Siegfried  
Seifert, Kim Katrin  
Wahlers, Ulrike

Behinderungen  
Beauftragter für die Belange für Menschen mit Behinderungen  
Jugendamtselternbeirat  
Agentur für Arbeit

### als Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung

Dikomey, Norbert  
Noelke, Christoph

Stadt Dülmen  
Erster Beigeordneter

### von der Verwaltung

Feldhaus, Sandra  
Gies, Martin  
Pieper, Iris  
Urban, Roland

Stadt Dülmen  
Stadt Dülmen  
Stadt Dülmen  
Stadt Dülmen

### als Schriftführer

Reick, Maximilian

Stadt Dülmen

### Es fehlten entschuldigt:

### als sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Hanenberg, Christel

SKF

### als beratende Mitglieder

Becks, Christin  
Kirchengemeinde  
Klein-Heßling, Irmhild, Richterin  
Loke, Bettina  
Nitz, Andreas  
Zarmann, Peter, Pfarrer

Kath.  
Amtsgericht Dülmen  
BezReg Münster  
Kreispolizeibehörde  
Ev. Kirchengemeinde

**Beginn der Sitzung:**

**17:15 Uhr**

**Ende der Sitzung:**

**18:40 Uhr**

### Tagesordnung:

1.	Elterntalk NRW	079/2026 JH
2.	Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Dülmen	236/2025 JH
3.	Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung für das Kindergartenjahr 2026/2027	041/2026 JH
4.	Inklusion in Kindertageseinrichtungen	040/2026 JH

5.	Schließung des Spielplatzes Peppermühl	022/2026 JH
6.	Beratung über den Entwurf des Budgetbuchs 2026 für das Budget Jugend und Familie	051/2026 JH
7.	Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters	
8.	Anfragen von Ausschussmitgliedern	

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Vorsitzende, Frau Büscher die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Außerdem wird darauf verwiesen, dass die Sitzung aufgenommen wird und Protokolle und Niederschriften mit Unterstützung von künstlicher Intelligenz erstellt werden.

Im Anschluss erfolgt die Verpflichtung von Frau Ulrike Wahlers und Herrn André Kluge.

<b>Zu Punkt 1 (079/2026)</b>	<b>Elterntalk NRW</b>
----------------------------------	-----------------------

Die Präsentationen zu diesem TOP sind der Niederschrift zur Sitzung als Anlage beigefügt. Neben **Frau Philipp** von der AJS berichtet **Frau Haustein** vom Fachbereich Jugend und Familie über die Umsetzung des Projektes in Dülmen.

**Herr Noelke**, erkundigt sich nach der Zusammensetzung der Gesprächsrunden. **Frau Philipp** erklärt, dass die meisten Teilnehmenden weiblich sind und in der Regel ohne Partner teilnehmen. **Frau Haustein** ergänzt, dass in Dülmen ein männlicher Moderator aktiv ist, was insbesondere Väter ansprechen soll. Sie berichtet, dass viele Eltern über persönliche Kontakte oder den Ankerpunkt auf das Angebot aufmerksam werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Beschlussentwurf:**

1. Frau Susanne Philipp der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen e.V. (AJS NRW) wird als sachkundige Person gehört.
2. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
3. Das Projekt "Elterntalk NRW" wird in den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Dülmen als Maßnahme des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes aufgenommen und somit im Jahr 2027 fortgesetzt.

<b>Zu Punkt 2 (236/2025)</b>	<b>Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Dülmen</b>
----------------------------------	--

**Frau Hiller** betont, dass ihre Fraktion die Satzungsänderung ausdrücklich begrüße. Sie hebt hervor, dass die Erhöhung der Anzahl beratender Mitglieder im Jugendhilfeausschuss sowie die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Menschen ein wichtiges Anliegen der SPD sei. Sie verweist auf die bisherigen Bemühungen zur Unterstützung des Jugendrats und betont

die Bedeutung, jungen Menschen eine Stimme zu geben, da deren Lebenswirklichkeit oft von der der Erwachsenen abweiche. Dies könne Entscheidungsprozesse erleichtern.

**Herr Bolle** äußert sich positiv zu der im Paragraphen 3 der Satzung erwähnten engen Zusammenarbeit mit freien Trägern. Er fragt zudem nach der Vertretung örtlicher Jugendselfstvertretungen. **Herr Noelke** verweist auf den Antrag der SPD zur Implementierung eines Jugendrats oder Jugendbeirats und erläutert, dass die bisherigen Erfahrungen gezeigt hätten, dass Jugendliche zwar politisch interessiert und engagiert seien, jedoch oft nur projektbezogen und nicht kontinuierlich über längere Zeiträume. Er kündigt an, dass die nächsten Schritte zur Wahl eines Jugendrats vorbereitet würden. **Frau Feldhaus** berichtet, dass das Konzept des Jugendrats bereits im Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden sei und die Arbeitsgruppe Jugendrat weiterhin bestehe, auch wenn einige Mitglieder ausgeschieden seien. Sie informiert, dass am 9. März eine abschließende Besprechung mit dem Fachbereich Recht zu den Wahlstatuten stattfinden werde, um die nächsten Schritte einzuleiten und bald Jugendvertreter im Jugendhilfeausschuss begrüßen zu können.

**Herr Bolle** stellt eine weitere Frage zur Vertretung selbstorganisierter Zusammenschlüsse gemäß § 4a SGB VIII. **Herr Dikomey** erklärt, dass es bisher keine solche Vertretung gebe. Er nennt als Beispiel, dass junge Menschen aus einem Heimrat sich im Jugendhilfeausschuss engagieren könnten. **Frau Hiller** weist darauf hin, dass die Implementierung solcher Institutionen in der Satzung sinnvoll sei, um deren spätere Mitwirkungsrechte sicherzustellen. **Herr Bolle** fragt, welche aktiven Bemühungen unternommen würden, um solche Zusammenschlüsse zu ermöglichen. **Herr Dikomey** erklärt, dass der Fokus derzeit auf der Etablierung des Jugendrats liege, da dies auch eine Kapazitätsfrage sei. **Herr Gies** ergänzt, dass die Thematik gemäß § 4a SGB VIII auf dem Schirm sei. Er verweist auf ein Beteiligungsprojekt im Ankerpunkt. Es werde derzeit darüber nachgedacht, eine Interessenvertretung von Eltern zu schaffen, die als Beirat des Ankerpunkts fungieren könnte. Er betont jedoch, dass dies zunächst mit den betroffenen Eltern besprochen werden müsse.

**Frau Büscher** bedankt sich bei den Beteiligten und bittet Frau Feldhaus, weiterhin engagiert an der Umsetzung des Jugendrats zu arbeiten. Sie äußert die Hoffnung, bald einen Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss begrüßen zu können, der seine Lebenswirklichkeit einbringt.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

#### **Beschlussentwurf:**

Die Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Dülmen, als Anlage 1 zur Vorlage JH 236/2025 beigefügt, wird beschlossen.

**Zu Punkt 3  
(041/2026)**

**Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung für das  
Kindergartenjahr 2026/2027**

**Herr Fromme** schließt sich den Ausführungen von Frau Büscher an und bewertet die Betreuungsquote im U3-Bereich als positiv. Er weist jedoch auf den Rückgang der Tagespflegepersonen hin und äußert Bedenken hinsichtlich der zukünftigen Sicherstellung

der 120 Plätze. Er fragt, welche Maßnahmen die Stadt Dülmen ergreifen wolle, um die Kindertagespflege attraktiver zu gestalten, und verweist auf die Herausforderungen durch die aufwendigere Ausbildung.

**Herr Urban** erklärt, dass die aufwendigere Ausbildung gesetzlich festgelegt sei und die Stadt gemeinsam mit der Beratungs- und Vermittlungsstelle des SkF bemüht sei, neue Tagespflegepersonen zu gewinnen. Dies geschehe durch direkte Ansprache und Öffentlichkeitsarbeit. Er betont jedoch, dass viele Tagespflegepersonen aus Altersgründen aufhören und es schwierig sei, neue Personen zu akquirieren. Er verweist darauf, dass auch andere Jugendamtsbezirke mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hätten.

**Herr Fromme** bedauert den Rückgang der Tagespflegepersonen, da er die Kindertagespflege als wertvolles Angebot für Eltern betrachte. Er regt an, die Ausbildungsmöglichkeiten für Tagespflegepersonen näher an Dülmen oder den Kreis Coesfeld zu verlagern, um die Attraktivität zu erhöhen.

**Herr Urban** bestätigt, dass die Ausbildung früher vor Ort in Zusammenarbeit mit der Familienbildungsstätte angeboten wurde, dies jedoch aufgrund der sehr geringen Nachfrage wegen der erhöhten Ausbildungsanforderungen nicht mehr möglich sei. Die Ausbildung finde nun in Münster statt, wobei Fahrtkosten gefördert werden könnten.

**Frau Büscher** betont die Bedeutung der Kindertagespflege als flexibles Angebot für Eltern und kleine Kinder und spricht sich für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit aus, um die Arbeit der Tagespflegepersonen stärker zu würdigen. Sie fragt nach der Auslastung der Großtagespflegestellen, worauf **Herr Urban** erklärt, dass jede Großtagespflegestelle bis zu neun Kinder betreuen dürfe und in der Regel gut ausgelastet sei.

**Frau Seifert** vom Jugendamts-Elternbeirat bringt die Frage nach der Entwicklung der Elternbeiträge auf. Sie weist auf eine Steigerung der Beiträge in den letzten Jahren hin und fragt nach dem Trend für das nächste Kita-Jahr.

**Herr Urban** erläutert, dass die jährliche Veränderung der Elternbeiträge in der städtischen Elternbeitragssatzung festgelegt ist. Danach verändern sich die Elternbeitragssätze entsprechend der Fortschreibungsrate nach § 37 KiBiz. Nach den erheblichen Erhöhungen in den beiden letzten Jahren werden sich die Elternbeiträge zum 01.08.2026 um 0,14 Prozent minimal verringern.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

### **Beschlussentwurf:**

1. Die Kindergartenbedarfsplanung 2026/2027 (Anlage 1) wird beschlossen.
2. Plätze, die seit 2008 im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, werden vorrangig mit Kindern unter 3 Jahren belegt, so dass die Zweckbindungen insoweit als erfüllt gelten.
3. In der Kindertagespflege werden im Kindergartenjahr 2026/2027 120 Plätze für Kinder unter 3 Jahren von 29 Kindertagespflegepersonen angeboten.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Basis die Landesmittel zur Förderung der Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege beim Landesjugendamt bis zum 15.03.2026 zu beantragen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Interims-Kita im ehemaligen Kasernengebäude (Heinrich-Leggewie-Straße 11) als Dependance des Fröbel-Kindergartens im Kindergartenjahr 2026/2027 mit zwei Gruppen weiter zu betreiben.

**Zu Punkt 4  
(040/2026)**

#### **Inklusion in Kindertageseinrichtungen**

**Herr Heger** bedankt sich für die umfangreiche Vorlage, äußert jedoch eine Rückfrage. Er bezieht sich auf die Problematik, dass Kinder mit besonders hohen Betreuungsanforderungen in Einzelfällen keinen Platz in heilpädagogischen Gruppen erhalten könnten und zeitweise der Besuch einer Einrichtung nicht sichergestellt werden könne. Er fragt, ob die Kommune tatsächlich keine Handlungsspielräume habe, um diese Situation kurzfristig zu verbessern, und bezeichnet die Lage als unbefriedigend. **Herr Reick** erklärt, dass es durchaus Handlungsmöglichkeiten gebe, insbesondere durch individuelle Unterstützung der betroffenen Familien, Kinder und Fachkräfte. Ziel sei es, solche Situationen möglichst zu vermeiden, was durch gute Fachberatung, engen Austausch und ein starkes Netzwerk insgesamt gelinge, sodass es bei wenigen Einzelfällen bleibe. Er betont, dass die Maßnahmen, die in der Vorlage aufgeführt seien, darauf abzielen, die Kitas zu stärken. Allerdings seien die Spielräume durch gesetzliche Vorgaben des KIBIZ begrenzt. Daher liege der Fokus auf Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung wie der Qualifikation des Personals und der Stärkung von Netzwerken, um die Unterstützung von Familien und Kindern auf mehrere Schultern zu verteilen.

**Frau Büscher** erinnert daran, dass das Thema der Heilpädagogische Gruppen bereits mehrfach diskutiert worden sei und man sich mehr Plätze wünsche. Sie bedauert, dass in den Verhandlungen mit dem LWL bisher keine Fortschritte erzielt worden seien. **Herr Reick** berichtet, dass die Grundsatzentscheidung, keine neuen heilpädagogischen Gruppen mehr einzurichten, bereits seit 2009 bestehe. Die Verhandlungen über die Basisleistung II seien weiterhin im Gange, jedoch stockten diese. Er informiert, dass die Finanzierung der bestehenden heilpädagogischen Gruppe bis 2029 gesichert sei. Die Verwaltung beobachte die Entwicklungen in den Verhandlungen aufmerksam und werde bei Änderungen entsprechende Maßnahmen ergreifen.

**Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

**Protokollentwurf:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 5  
(022/2026)**

#### **Schließung des Spielplatzes Peppermühl**

**Frau Hiller** äußert sich zu diesem Thema und erinnert daran, dass Spielplätze regelmäßig auf der Agenda stünden und in der Vergangenheit bereits ausführlich diskutiert worden seien.

Sie hebt hervor, dass sich das Gremium in einer der letzten Sitzungsstaffeln darauf verständigt habe, eine Aufwertung von Spielplätzen mit guter Erreichbarkeit und hoher Qualität einer breiten Streuung von Spielplätzen minderer Qualität vorzuziehen. Diese Position werde weiterhin vertreten. Gleichzeitig äußert sie jedoch Bedenken hinsichtlich der aktuellen Haushaltssituation und der möglichen Konsequenzen, dass Spielplätze künftig mit Spielgeräten minderer Qualität ausgestattet sein könnten. Sie betont, dass die doppelte Vorhaltung eines Spielplatzes an dieser Stelle weder sinnvoll noch notwendig sei. Dennoch sei es wichtig, die Spielplatzsituation in der Stadt weiterhin im Blick zu behalten, um sicherzustellen, dass für alle Kinder gute und ausreichende Spielmöglichkeiten vorhanden seien.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Beschlussentwurf:**

Der Spielplatz Peppermühl wird geschlossen.

**Zu Punkt 6  
(051/2026)**

**Beratung über den Entwurf des Budgetbuchs 2026 für das  
Budget Jugend und Familie**

**Herr Heger** stellt eine Rückfrage zur politischen Zielvereinbarung Nummer 1 im Unterbudget Kinder- und Jugendförderung. Er erkundigt sich, warum in den Kennzahlen für 2025 und 2026 keine Ziffern angegeben seien und ob dies bedeute, dass keine Maßnahmen geplant seien. Zudem fragt er nach den in der Vergangenheit durchgeführten Veranstaltungen und ob diese auch für Kinder in der zukünftigen zentralen Unterbringungseinheit (ZUE) zugänglich sein würden. Er betont, dass es wünschenswert sei, auch wenn die Stadt hierfür nicht originär zuständig sei. **Frau Feldhaus** erklärt, dass ein Eintragungsfehler vorliege und es tatsächlich Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche gegeben habe. Sie erläutert, dass die Angebote der Kinder- und Jugendförderung vielfältig seien. Flyer würden in mehreren Sprachen verteilt, jedoch sei die Resonanz bislang gering. Schulsozialarbeiter unterstützten die Kommunikation und begleiteten Geflüchtete zu den Angeboten. Sie hebt hervor, dass alle Angebote der „Neuen Spinnerei“ auch von Geflüchteten genutzt werden könnten. Zudem gebe es den Familientreff, der einmal im Monat stattfinde und speziell für geflüchtete Familien und deren Kinder konzipiert sei. Trotz intensiver Werbung werde dieses Angebot jedoch kaum angenommen. **Frau Feldhaus** betont, dass der Familientreff weiterhin bestehe.

**Herr Heger** fragt erneut, ob die Angebote auch für Kinder in der ZUE zugänglich seien. **Frau Feldhaus** bestätigt dies und erklärt, dass alle Kinder, die sich in Dülmen aufhalten, an den Angeboten teilnehmen dürften. **Herr Heger** erkundigt sich, ob die Kinder in der ZUE über die Angebote informiert würden. **Frau Feldhaus** antwortet, dass dies geplant sei und mehrsprachige Flyer erstellt würden, wobei die Übersetzungen in Zusammenarbeit mit anderen Stellen erfolgen müssten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Beschlussentwurf:**

## Der Jugendhilfeausschuss beschließt

1. die vorliegende Produktstruktur einschließlich der in den Produktdefinitionen enthaltenen allgemeinen Ziele sowie die besonderen Zielsetzungen des Budgets Jugend und Familie.
2. den im Entwurf für das Budget Jugend und Familie vorgesehenen Finanzrahmen im Teilergebnisplan mit einem Fehlbedarf von 26.605.288 Euro und im Teilfinanzplan mit einem Fehlbedarf von 25.733.295 Euro in den **endgültigen** Haushalt für das Jahr 2026 zu übernehmen.

### Zu Punkt 7 0

### Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters

**Herr Noelke** teilt mit, dass das Familienzentrum AWO-Kindergarten erfolgreich am Re-Zertifizierungsverfahren „Familienzentrum NRW“ im Kindergartenjahr 2025/2026 teilgenommen und das Gütesiegel erhalten hat. Der Einrichtung wurde eine Urkunde zugesandt, welche sie als „Familienzentrum NRW“ ausweist. Zusätzlich erhält die Einrichtung ein individuelles **Qualitätsprofil**, das für eine gezielte Weiterentwicklung des Familienzentrums genutzt werden kann.

### Zu Punkt 8 0

### Anfragen von Ausschussmitgliedern

**Herr Bolle** fragt, ob es zutrefte, dass die Evangelische Jugendhilfe Herne in Rorup eine Immobilie für die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen im Kreis Coesfeld betreiben werde, und warum in diesem Zusammenhang kein **örtlicher Träger**, wie beispielsweise das Kiwo, berücksichtigt worden sei. **Herr Dikomey** erklärt, dass die Evangelische Jugendhilfe Herne ein Haus in Rorup erworben habe und dort eine entsprechende Einrichtung ansiedeln wolle. Er führt aus, dass man in der Vergangenheit mit mehreren Trägern **Gespräche** geführt habe, um eine **Möglichkeit** zur Inobhutnahme im Kreis Coesfeld zu schaffen. Die Entscheidung für das Objekt in Rorup sei jedoch nicht durch die **Jugendämter** vermittelt worden, sondern durch den Kauf des **verfügbaren** Objektes durch den Träger. Es hätte ebenso ein Standort in Coesfeld oder einem anderen Ort im Kreis sein können. **Herr Bolle** weist darauf hin, dass eine Zusage der örtlichen **Jugendämter** erforderlich sei, um die Einrichtung als Inobhutnahme zu betreiben. Er wiederholt seine Frage, warum kein **örtlicher Träger** berücksichtigt worden sei. **Herr Dikomey** antwortet, dass eine Aufforderung an alle freien Träger ergangen sei, sich mit der **Möglichkeit** einer Inobhutnahmegruppe im Kreisgebiet zu befassen. Diese Aufforderung liege jedoch bereits drei Jahre zurück. Der **Träger**, der nun in Rorup **tätig** werden wolle, sei auch im Kreis Coesfeld aktiv. Die **endgültige** Genehmigung für den Betrieb der Einrichtung liege jedoch beim Landesjugendamt, und man müsse abwarten, ob diese erteilt werde.

Dülmen, den 24.03.2026

gez.  
Büscher  
Vorsitzende

gez.  
Reick  
Schriftführer

gesehen:  
Der Bürgermeister  
i.V.

gez.  
Noelke  
Erster Beigeordneter